

# Strategien, Krisen, Lernprozesse

## Die Medien und der Aufstieg der äußersten Rechten

---

Wie sollten demokratische Kräfte mit der äußersten Rechten umgehen? Diese Frage beschäftigt aktuell nicht nur viele demokratische Parteien in Europa, sondern auch die Massenmedien, die sogenannte Vierte Gewalt der Demokratie. Dass neben den Parteien die Medien eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der radikalen und extremen Rechten spielen, wurde in vielen Studien nachgewiesen. Weniger ist bekannt über deren Strategien und Intentionen: Wie reagieren unterschiedliche Medien auf die äußerste Rechte?

*Teresa Völker und Mika Bauer*

**I**n einer Interviewstudie konnten wir einen Blick hinter die Kulissen deutscher Medienhäuser werfen und die Wahrnehmungen und Motivationen der Medienschaffenden im Umgang mit der äußersten Rechten untersuchen. Die halbstrukturierten Interviews mit 21 Medienschaffenden, die wir im Sommer 2024 geführt haben, beleuchteten die Perspektive von Chefredakteur\*innen, Politikredakteur\*innen und anderen Journalist\*innen. Dazu zählen Interviews mit Medienschaffenden von Printmedien (12), Fernsehen und Radio (9); aus dem Osten (7), dem Westen (3), überregional (11); dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (8) und privaten Medien (13). Die Interviews wurden mit qualitativer Inhaltsanalyse an Hand eines Codierschemas mit offenen und geschlossenen Analysekategorien ausgewertet.

Bis in die 2000er-Jahre galt eine Strategie der Abgrenzung und geringen Interaktionen mit

der äußersten Rechten. Mittlerweile hat sich der Umgang grundlegend gewandelt: Heute ist eine Mischung aus Konfrontation und Anpassung („accommodation“) zu beobachten.

**„In den meisten Fällen  
griffen informelle  
Strategien, individuelle  
Einschätzungen und  
Ad-hoc-Entscheidungen“**

Die meisten der befragten Medienschaffenden hatten in den letzten Jahren keine institutionalisierte Strategie für den Umgang mit der äußersten Rechten. Zwar gab es in einigen Medien informelle Regeln, ethische Kodizes und interne Diskussionen, aber es gab fast keine formellen Vereinbarungen wie Leitlinien oder interne Emp-

Nach der Debatte um das Zustrombegrenzungsgesetz im Deutschen Bundestag am 31. Januar 2025: Das AfD-Medienteam bereitet die Live-Übertragung des Pressestatements vor.  
Foto: © Murat Tueremis/laif, alle Rechte vorbehalten.



fehlungen zur Berichterstattung (beispielsweise zu Wortlautinterviews, Sendezeit, O-Tönen). Vielmehr griffen in den meisten Fällen informelle Strategien, individuelle Einschätzungen und Ad-hoc-Entscheidungen, auch und gerade gegenüber der Alternative für Deutschland (AfD): „Der Umgang mit der AfD war im Grunde schon so ein journalistisches Experiment“ (Journalist\*in, konservative Zeitung). Einige Befragte äußerten eine Ablehnung gegenüber strategischen Vorgaben, da diese im Gegensatz zu freiem Journalismus stünden. Vor allem Medienschaffende der Öffentlich-Rechtlichen hatten Angst, dass sie sich durch konkrete Strategien angreifbar machen und ins Visier extremistischer Kräfte geraten. Es gebe eine „große Mutlosigkeit und Ängstlichkeit, sich so einen Plan zu machen“, berichtete ein\*e Journalist\*in beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Ostdeutschland.

Für viele Interviewte spielt die Orientierung am Grundgesetz und an journalistisch-ethischen Grundprinzipien wie dem Pressekodex eine zentrale Rolle. Wie die Prinzipien jedoch interpretiert und ausgelegt werden, beispielsweise der Umgang mit Sensationsberichterstattung oder das Verhältnis von Meinungsfreiheit und Diskriminierung, variiert je nach Medium und journalistischem Selbstverständnis. Zu den informellen Strategien zählen häufig Einordnung und Kontextinformationen sowie Recherche und die Schulung von Journalist\*innen. Der journalistische Ansatz war oft eher reaktiv als proaktiv.

In fast jedem Interview wurde ein Lernprozess im Umgang mit der AfD berichtet, also „nicht mehr über jedes Stöckchen zu springen“, das die AfD mit provokanten Thesen oder Aktionen hinhält. Demokratiefeindliche Ideen und Akteure seien klar zu benennen, und der äußersten Rechten sollte keine Bühne gegeben werden. Jedoch zeigten viele Interviews auch eine Diskrepanz zwischen Anspruch (nicht zur Normalisierung der äußersten Rechten beizutragen) und Praxis (Nachrichtenwert und Konkurrenzdruck): „Inwieweit füttern wir den Dämon eigentlich, über den wir uns dann aufregen, dass er immer größer wird?“ (Journalist\*in konservative und linksliberale Zeitungen).

In unserer Studie haben wir drei Schlüsselfaktoren identifiziert, die den medialen Umgang mit Rechtsaußen in den letzten Jahren beeinflusst haben: veränderte soziale Normen, Krisen sowie institutionelle und individuelle Zwänge.



**Teresa Völker** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung des WZB und der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politische Kommunikation, Parteien und Protest in Demokratien mit einem Fokus auf die extreme Rechte.  
[teresa.voelker@wzb.eu](mailto:teresa.voelker@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Der zunehmende politische Erfolg der äußersten Rechten hat soziale Normen und damit auch die Reaktionen der Massenmedien auf Rechtsaußen verändert. Soziale Normen beschreiben, wie Medienschaffende die öffentliche Akzeptanz und Unterstützung für rechtsextrêmes Gedankengut in der Gesellschaft wahrnehmen. Eine bedeutende Rolle hierfür spielen Wahlen und das Abschneiden der äußersten Rechten. Vor allem als die AfD 2017 in den deutschen Bundestag gewählt wurde, gaben viele Medienschaffende an, dass sie über die AfD berichten mussten. Die Strategie wechselte von Abgrenzung zu einer Mischung aus Anpassung und Konfrontation. Parteien mit einem Wählerpotenzial wie die AfD sollten Teil der medialen Debatte sein und nicht ausgegrenzt werden, so die Haltung vieler Befragter.

Aus den Interviews geht hervor, dass viele Medienschaffende von der Radikalisierung der Partei überrascht wurden. Während viele auf Abgrenzung von extremistischen Inhalten und Aussagen als ihre persönliche Strategie verwiesen, wick die Umsetzung teilweise davon ab: Die Haltung der Medienschaffenden zur AfD wurde über die Zeit negativer und die Partei selbst extremer, dennoch stiegen Sichtbarkeit und Resonanz der AfD in den Medien – und das bereits 2015, vor ihrem Einzug in den Bundestag. Die Interviews zeigen, dass die Medienschaffenden der äußersten Rechten mit zunehmendem Stimmenanteil und wachsenden Handlungsspielräumen in politischen und sozi-

alen Kontexten weniger konfrontativ gegenüberstanden. Viele Medienschaffende in Regionen mit einem hohen Stimmenanteil für die AfD standen stärker unter Druck, erlebten mehr Drohungen und soziale Ächtung, sie hatten teilweise Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

### „Die AfD ignoriert häufig Interviewanfragen, doch gleichzeitig inszeniert sie sich als von den traditionellen Medien ausgegrenzt“

Viele Medienschaffende berichteten neben einer Radikalisierung auch von einer Professionalisierung der AfD. Während ihre Berichterstattung und Interviews häufig darauf abzielten, „neutral die Realität darzustellen“ oder die Ansichten der äußersten Rechten „kritisch herauszufordern“ und „zu entlarven“, habe die äußerste Rechte öffentliche Plattformen strategisch genutzt, um sich in den Massenmedien als gemäßigt darzustellen. Parallel dazu konnte die äußerste Rechte die sozialen Medien dafür nutzen, ihre extremistischen Ansichten ungefiltert zu verbreiten. Medienschaffende beschrieben diesen Prozess der Normalisierung teils selbstkritisch: „Und dann setzt er sich ins Studio und hält eine Gute-Laune-Wohlfühl-Rede. Und unsere Fernsehsendung hilft ihm, sich als der nette Nachbar von nebenan zu präsentieren“ (Journalist\*in öffentlich-rechtlicher Rundfunk West). Gleichzeitig inszeniere sich die AfD, so einige Befragte, als „Opfer der etablierten Medien“ – dies sei eine zentrale Strategie der äußersten Rechten: Die AfD erschwere Medienschaffenden die Arbeit, indem sie Interviewanfragen häufig ignoriere oder absage und wiederholt Falschaussagen tätige, doch gleichzeitig inszeniere sie sich als von den traditionellen Medien ausgegrenzt und benachteiligt.

Der Umgang mit der AfD ist keineswegs unumstritten, sondern häufig von Konflikten und Kontroversen innerhalb der Medienunternehmen geprägt – oft zwischen der Leitungsebene und den Journalist\*innen, die direkt in die Berichterstattung involviert sind, aber auch zwischen unterschiedlichen journalistischen Prägungen und politischen Haltungen. Die Inter-

views zeigen, dass die Medien ein Spiegel der Gesellschaft sind und damit unterschiedliche politische Positionen abbilden.

Der zweite Faktor, der neben sich wandelnden sozialen Normen den medialen Umgang mit der äußersten Rechten geprägt hat, sind Krisen. Die Strategie, eine kritische Distanz zur äußersten Rechten zu halten, wurde insbesondere in Momenten, die als Krise oder Ausnahmesituation wahrgenommen wurden, herausgefordert. Medienschaffende aus verschiedenen Bereichen sagten, dass die sogenannte Flüchtlingskrise 2015/16 und Protestbewegungen wie PEGIDA, die mit Debatten über die Kernthemen der äußersten Rechten wie Migration verbunden war, eine entscheidende Rolle dabei spielten, dass Journalist\*innen ihre Abgrenzungsstrategie aufweichten: „Wir nehmen vor allen Dingen auch auf, wenn wir sehen, dass die AfD im Zusammenhang mit der Migration Dinge kritisiert, die so im politischen Raum als Thema nicht aufgebracht werden“ (Journalist\*in konservative und linksliberale Zeitungen). Manche Befragte fanden, Narrative der äußersten Rechten seien in Krisenzeiten unkritisch in den medialen Diskurs aufgenommen worden.

Ein weiterer Krisenmoment, der die öffentliche Aufmerksamkeit für die radikale und extreme Rechte erhöhte, war die COVID-19-Pandemie, die 2020 begann. Soziale Bewegungen und Protestgruppen wie Querdenken, die auf der Straße und in den sozialen Medien mobilisierten, lösten Unsicherheit aus und beeinflussten die mediale Praxis – „Corona war dann auch wirklich der Punkt, dass ich plötzlich dachte, intern brechen jetzt hier Dämme“ (Journalist\*in konservative Zeitung). Viele Journalist\*innen nahmen die Pandemie als eine Zäsur war, die das Vertrauen in etablierte Institutionen erschütterte und dazu führte, dass Personen sich nicht mehr von den traditionellen Medien repräsentiert fühlten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, strebten viele eine ausgewogene Berichterstattung an, bei der verschiedene Perspektiven abgebildet werden sollen: „möglichst neutral, immer dieses Abwägen zwischen Bühne bieten und informieren“ (Journalist\*in öffentlich-rechtlicher Rundfunk West). Die kritische Distanz zu Rechtsaußen wich in Krisenzeiten häufig der Bemühung, sich als objektive Beobachter\*in zu positionieren, um in den Augen der Leserschaft und Zuhörerschaft weiterhin als legitim und vertrauenswürdig wahrgenommen zu werden.



**Mika Bauer** ist studentische Hilfskraft am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Sie studiert Internationale Beziehungen an der Freien Universität, der Humboldt-Universität und der Universität Potsdam. [mika.bauer@wzb.eu](mailto:mika.bauer@wzb.eu)

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

Der dritte Faktor schließlich, der das Verhalten der Medien bestimmte, sind institutionelle und individuelle Herausforderungen. Zu den institutionellen Zwängen gehören wirtschaftliche Anreize, der Nachrichtenwert und Finanzierungsmodelle. Kontroverse Themen und Sensation erzeugen öffentliche Aufmerksamkeit und gute Reichweite. Die Interviews zeigen, dass die Sichtbarkeit rechtsextremer und rechtsradikaler Akteure zunahm, wenn sie aufgrund von Skandalen und extremen Äußerungen als berichtenswert wahrgenommen wurden. Medienschaffende wiesen darauf hin, dass sie teilweise nicht über genügend Ressourcen in Form von Personal, Geld und Zeit verfügten, um kritisch und tiefgründig über die äußersten Rechten zu recherchieren und zu berichten. Sie sprachen von einer zunehmenden Arbeitsintensität durch die Digitalisierung und die multimediale Berichterstattung, aber auch durch die Beschleunigung des Medienzyklus durch soziale Medien.

Hinzu kommt, dass die unterschiedlichen Finanzierungsmodelle die Strategie der Medienhäuser

## Literatur

De Jonge, Léonie: *The Success and Failure of Right-Wing Populist Parties in the Benelux Countries*. Abingdon, New York: Routledge 2021.

gegenüber Rechtsaußen beeinflussen: Die durch Rundfunkbeiträge finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen nach dem Prinzip der abgestuften Chancengleichheit über alle zur Wahl zugelassenen Parteien in Relation zu ihrer Bedeutung berichten, was das Aufrechterhalten einer Abgrenzungsstrategie erschwert. Das Prinzip führte bei vielen Medienschaffenden der Öffentlich-Rechtlichen dazu, dass sie der AfD eine öffentliche Plattform gaben und dabei unterschätzten, dass diese Regelung nicht vorschreibt, wann und vor allem wie zu berichten ist.

Darüber hinaus ist die Erfahrungen persönlicher Bedrohung – von Hassrede in sozialen Medien, E-Mails und Briefen bis hin zu körperlicher Gewalt – für viele Medienschaffende Alltag. Das hat Auswirkungen auf ihre Arbeit, Sicherheit und psychische Gesundheit: „Die Bedrohungslage ist stärker für die, die rausgehen, vor Ort, also der Hass auf die Journalisten, insbesondere öffentlich-rechtliche tatsächlich. Dieses Feindbild hat die AfD erfolgreich aufgebaut“ (Journalist\*in linksliberale Zeitung). Obwohl die Öffentlich-Rechtlichen in der Gefahr stehen, selbst zur Zielscheibe der äußersten Rechten zu werden, betonten einige, sie müssten als objektives Medium nicht nur progressive Ansichten, sondern auch „kritische Stimmen von rechts“ abbilden.

Unsere Studie zeigt, wie groß die Herausforderung ist, vor der Medienschaffende im Umgang mit der äußersten Rechten stehen, und dass ihr Umgang von vielen Widersprüchen geprägt ist. Dennoch zeichnen die Interviews auch ein ermutigendes Bild: Die Mehrheit der Journalist\*innen will die Demokratie schützen und nicht zur Normalisierung der äußersten Rechten beitragen. Wie dies gelingen kann, darüber gibt es in der Wissenschaft und in zivilgesellschaftlichen Organisationen viel Wissen – der Stresstest folgt in der kommenden Legislaturperiode oder bei künftigen Krisen. ●

Völker, Teresa/Saldivia Gonzatti, Daniel: „Discourse Networks of the Far Right: How Far-Right Actors Become Mainstream in Public Debates“. In: *Political Communication*, 2024, Jg. 41, H. 3, S. 353-372. DOI: 10.1080/10584609.2024.2308601.

© Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>